

Newsletter 10/2022

Liebe Attac-Mitglieder und -Interessierte in Hamburg und Umgebung,

wir möchten euch auf vielfältige Aktivitäten und Veranstaltungen in den nächsten Wochen hinweisen, über Vergangenes und längerfristige Projekte informieren sowie aktuelle Entwicklungen in verschiedenen Bereichen beleuchten.

Zunächst möchten wir noch einmal auf den [Herbstratschlag](#) von Attac Deutschland hinweisen, der von Freitag, den 21., bis Sonntag, den 23. Oktober 2022 in Frankfurt am Main stattfindet.

Inhaltsverzeichnis

Ökologie	1
Ausstieg aus dem Atomausstieg?	1
„Ein schlechter Tag für Klimaschutz“ – Kommentar von Alle Dörfer Bleiben zur Einigung von Neubaur, Habeck und RWE	3
Energie-Grundversorgung sichern und Luxusverbrauch beschränken	4
Sozialpolitik	5
Renten	5
Energie, Miete: Wer kann das bezahlen?	7
HÄNDE HOCH FÜR BEZAHLBARES WOHNEN	7
Frieden	8
Handelsverträge	9
CETA	9
Mitmachen bei Attac Hamburg	10
Veranstaltungshinweise	10
9-Euro-Ticket forever oder Pendlerpauschale abschaffen? Wie geht eine klimaneutrale Wirtschaft mit echter Mobilität	10
Kuhle Wampe oder: Wem gehört die Welt?	11
Krieg und Besetzung in der Ukraine	11

Ökologie

Ausstieg aus dem Atomausstieg?

Die Beendigung der Nutzung von Atomkraft zur Energieerzeugung in Deutschland wurde 2011 nach der Katastrophe in Fukushima in Japan beschlossen. Nach und nach wurde die Atomkraftwerke abgeschaltet. Die letzten drei noch betriebenen Atomkraftwerke – Emsland in Niedersachsen, Neckarwestheim 2 in Baden-Württemberg

und Isar 2 in Bayern – verlieren spätestens am 31. Dezember 2022 ihre Betriebsgenehmigung. So wurde es gesetzlich festgelegt. Mit Verweis auf die aktuelle Energiekrise und ausbleibende Gaslieferungen wird seit einigen Wochen über eine Verlängerung der Laufzeiten diskutiert. Das geht von einem sogenannten Streckbetrieb von mehreren Wochen oder Monaten bis zur Laufzeitverlängerung um mehrere Jahre. Aber wie sinnvoll und notwendig ist das und ist es überhaupt machbar?

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat in einem [„Faktenblatt: Laufzeitverlängerungen: unsicher, unrentabel, unnötig“](#) zehn Gründe angeführt, die gegen Laufzeitverlängerungen sprechen. Sie lauten:

- Das Sicherheitsrisiko steigt
- Atomkraft ist nicht krisentauglich
- Neue Brennstäbe sind nicht kurzfristig verfügbar
- Atomkraft spielt keine wesentliche Rolle für die Energieversorgung
- Kurzfristige Laufzeitverlängerungen im Winter 2022/23 – ein Nullsummenspiel
- Laufzeitverlängerung über mehrere Jahre: Rückschlag für die Energiewende
- Kosten stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen
- Abhängigkeit von Russland im Nuklearsektor
- Laufzeitverlängerungen gefährden die Atommüll-Lager-Suche
- Laufzeitverlängerungen verspielen Atomkompromiss

Zum Thema Risiko wird dargelegt, dass die letzte periodische Sicherheitsüberprüfung, die alle zehn Jahre vorgeschrieben ist, im Jahr 2009 stattfand. 2019 wurde auf die Prüfung verzichtet, weil die Kraftwerke ohnehin drei Jahre später abgeschaltet werden sollten. Sie müsste vor einem Weiterbetrieb zwingend stattfinden, doch so etwas dauert mindestens ein Jahr. Der BUND konstatiert: „Das Sicherheitsrisiko ist seit dem Atomausstiegsbeschluss nicht kleiner geworden, sondern heute in mehrfacher Hinsicht größer als vor elf Jahren. Das liegt nicht nur daran, dass die Meiler weiter gealtert sind, sondern auch daran, dass den **Betreibern aufgrund der Laufzeitbegrenzung Abstriche bei Nachrüstungen, Reparaturen und Sicherheitsüberprüfungen gewährt** wurden.“

Weiterhin wird darauf verwiesen, dass für einen Weiterbetrieb nicht genügend Brennelemente zur Verfügung stünden. Die Betreiber hätten angesichts der vorgesehenen Abschaltung auf die Anschaffung neuer Brennelemente verzichtet, für die eine Lieferzeit von mindestens zwölf Monaten angegeben wird.

Und schließlich wird festgestellt, dass Atomkraftwerke Gaskraftwerke nicht ersetzen können, weil sie nach dem Grundlastprinzip funktionieren. Sie „können nicht flexibel und bedarfsgerecht gesteuert werden, um Spitzenlasten oder Schwankungen auszugleichen“.

Der BUND betrachtet Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke nicht nur als „Rückschlag für die Energiewende“, sondern auch als Hindernis für den Ausbau der Erneuerbaren“ und stellt fest: „Das Grundlast-Konzept ist überholt. Wir müssen unser Energiesystem auf eine flexible und bedarfsgerechte Nutzung umstellen. Das geht nur auf Basis von Erneuerbaren.“

Weitere Informationen

- ▶ Studie der Diplom-Physikerin Oda Becker im Auftrag des BUND: [Risiken einer Laufzeitverlängerung](#)
- ▶ Nick Reimer: [Zehn Gründe, warum AKW-Laufzeiten nicht verlängerbar sind](#)
- ▶ Ausgestrahlt: [Energiewende retten – AKW abschalten!](#)

Pressemitteilung von Alle Dörfer bleiben vom 4. Oktober 2022

„Ein schlechter Tag für Klimaschutz“ – Kommentar von Alle Dörfer Bleiben zur Einigung von Neubaur, Habeck und RWE

Zu den heute präsentierten Plänen des Kohlekonzerns RWE, von Bundeswirtschaftsminister Habeck und NRW-Wirtschaftsministerin Neubaur, das Dorf Lützerath abzureißen, weitere Braunkohlekraftwerke ans Netz zu nehmen und neue Gaskraftwerke zu bauen, kommentiert das Bündnis Alle Dörfer Bleiben:

Pläne brechen 1,5 Grad-Grenze

„Die Grünen kündigen den Bau neuer Gaskraftwerke, die Reaktivierung von Kohlekraftwerken und die Zerstörung von Lützerath an und nennen das einen guten Tag für den Klimaschutz. Die Regierung behauptet mit diesen Maßnahmen den Kohleausstieg 2030 zu sichern – doch das Klima interessiert sich nicht für Jahreszahlen. Entscheidend für die Einhaltung der 1,5 Grad-Grenze ist ausschließlich, dass nicht zu viel Kohle verbrannt wird. Die Regierung behauptet, viel CO₂ einzusparen, doch dass mit ihren Plänen immer noch 220 Millionen Tonnen mehr herausgeblasen werden, als für 1,5° erlaubt sind, erwähnen sie mit keinem Wort.“

Undemokratischer Prozess ohne wissenschaftliche Grundlage

„Im Koalitionsvertrag von NRW wurde versprochen, dass wichtige Entscheidungen auf Grundlage von unabhängigen Gutachten und transparenten, demokratischen Prozessen getroffen werden. Der Hinterzimmerdeal mit RWE ist meilenweit von diesen Versprechungen entfernt und daher für uns nicht akzeptabel! Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Unsere Hoffnung zur Einhaltung der 1,5°-Grenze liegt weiterhin in Lützerath.“

Bruch der Grünen mit Wissenschaft und Klimabewegung

„Es ist auffällig, dass die grünen Minister*innen nur davon sprechen, viel Kohle im Boden zu lassen, aber nicht, wieviel sie noch verbrennen wollen. Der Grund: es ist viel zu viel! Wir haben nachgerechnet und kommen auf 220 Mio. t Kohle, die über das deutsche 1,5 Grad-Budget hinaus verbrannt werden sollen. Laut einer Studie des DIW Berlin dürfen nur noch maximal 70 Millionen Tonnen CO₂ aus dem Tagebau Garzweiler II herausgeholt werden, die Regierung plant jedoch etwa 290 Millionen Tonnen. Die Entscheidung, Lützerath zu opfern, bedeutet also einen Bruch der Grünen mit der Wissenschaft und damit auch mit der Klimabewegung. Heute ist ein schlechter Tag für den Klimaschutz, von Gerechtigkeit ganz zu schweigen.“

Energie-Grundversorgung sichern und Luxusverbrauch beschränken

Attac unterstützt Dossier des Konzeptwerks Neue Ökonomie

Statt eines fossilen Rollbacks mit Laufzeitverlängerung für Atomkraft und Investitionen in LNG braucht es soziale und klimagerechte Maßnahmen für einen fairen Umgang mit der Energiekrise. Wie diese aussehen können, präsentiert das Konzeptwerk Neue Ökonomie (KNOE) in ihrem aktuellen Dossier „Energiepreise: Transformative Wege aus der Krise“, das von Attac und anderen Organisationen unterstützt wird.

Kernelement des Dossiers ist ein Recht auf eine Energie-Grundversorgung. Diese soll mittels Preisdeckel für den Grundbedarf und progressiver Energietarife für höhere Verbräuche umgesetzt werden. Damit wird die Energiewende gefördert, Sicherheit für alle geschaffen und gleichzeitig Luxusverbrauch beschränkt.

„Verteilung und Bepreisung von Energie ist ungerecht und wenig nachhaltig. Energieintensive Industrien erhalten Vergünstigungen, Haushalte mit höherem Verbrauch werden durch Tarifmodelle mit Grundpreis bevorzugt. Wir brauchen einen Fixpreis für die Grundversorgung von privaten Haushalten mit Strom und Gas. Im Gegenzug muss verschwenderisch hoher Verbrauch höher bepreist werden. Das entlastet unmittelbar, belastet Luxusverbrauch und ist gelebte Umverteilung“ sagt dazu Carmen Junge, Mitglied im Koordinierungskreis von Attac Deutschland.

„Die Bundesregierung setzt in der aktuellen Krise auf falsche Lösungen wie neue Erdgasimporte und Ölbohrungen anstatt den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben. Gleichzeitig schlagen fossile Energiebranchen aus der angespannten Marktlage Riesenprofite“ ergänzt Thomas Eberhardt-Köster, ebenfalls Mitglied im Koordinierungskreis. „Wir fordern zusammen mit dem Konzeptwerk Neue Ökonomie und anderen Organisationen die Abschöpfung von Gewinnen und ausreichende Transferleistungen für Menschen mit geringem Einkommen. Strom- und Gasabschaltungen müssen untersagt werden, stattdessen ist die gezielte Drosselung von nicht lebensnotwendiger Industrieproduktion notwendig. Über allem steht jedoch das schnelle Ende jeglicher fossiler Energien, um den Klimakollaps noch zu verhindern. Dafür wird sich Attac zusammen mit Betroffenen, Sozialverbänden, Gewerkschaften, sozialen und der Klimagerechtigkeitsbewegung einsetzen.“

[Quelle](#)

[Dossier](#)

Energiepreise: Attac Österreich präsentiert progressive Tarife für Strom und Gas

Der Energie-Grundanspruch: [Energie. Garantiert. Gerecht.](#)
Attac Österreich: [Das Energie-Casino schließen!](#)

Sozialpolitik

Renten

Aktienrente? Nein, danke

Seit Jahrzehnten wird von verschiedenen Bundesregierungen das gesetzliche, umlagebasierte Rentensystem demontiert, zum Nutzen der Finanzindustrie. Das geht einher mit einer Reduzierung des Rentenniveaus, was dazu dient, den Druck zu erhöhen und Menschen dazu zu bewegen, sich für eine zusätzlich private Altersvorsorge zu entscheiden. Die sogenannte Riesterreute und ähnliche Konstrukte sind ein schlagendes Beispiel für die verheerenden Auswirkungen solcher Instrumente auf die Rentenbeziehenden. Was im Gesundheitswesen schon weit vorangetrieben wurde mit der Erlaubnis zur Gewinnerzielung, der Privatisierung von Krankenhäusern und der Einführung von Fallpauschalen, kurz, der Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung zum Nutzen einiger Konzerne, soll nun auch bei der Rente ausgeweitet werden. Seit Jahren wird immer wieder eine sogenannte Aktienrente in die Debatte eingeworfen. Nun ist es so weit. Die aktuellen Regierungsparteien haben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, die Rentenversicherung um „kapitalgedeckte Elemente“ zu ergänzen. Ein weiteres Einfallstor für die Beseitigung des umlagebasierten Systems? Im [Koalitionsvertrag](#) finden sich dazu folgende Anmerkungen.

Seite 6: „Wir halten das Rentenniveau stabil, erweitern die gesetzliche Rentenversicherung um eine teilweise Kapitaldeckung und werden das System der privaten Altersvorsorge grundlegend reformieren.“

Seite 66: „Die Rente muss verlässlich und auskömmlich sein, darum sichern wir das Rentenniveau und ergänzen sie um kapitalgedeckte Elemente.“

Seite 73: „Diese teilweise Kapitaldeckung soll als dauerhafter Fonds von einer unabhängigen öffentlich-rechtlichen Stelle professionell verwaltet werden und global anlegen. Dazu werden wir in einem ersten Schritt der Deutschen Rentenversicherung im Jahr 2022 aus Haushaltsmitteln einen Kapitalstock von 10 Milliarden Euro zuführen.“

Das Rentenniveau soll also stabilisiert und gesichert werden. Wie das mit den Schwankungen der Aktienkurse, den Spekulationen an den Börsen und damit verbundenen Auswirkungen auf die Rentenzahlungen erreicht werden soll, bleibt unerwähnt. Eins aber wird sicher sein: die Dividenden der Anteilseigner/-innen.

Attac Deutschland hat am 8. September 2022 eine Petition mit dem Titel „Nein zur Aktienrente: Gesetzliche Beiträge nicht verzocken!“ gestartet und dazu eine [Pressemitteilung](#) herausgeben, die wir im Folgenden dokumentieren.

Nein zur Aktienrente: Gesetzliche Beiträge nicht verzocken!

Attac startet Petition mit namhaften Erstunterzeichner*innen

Noch in diesem Jahr will Bundesfinanzminister Christian Lindner ein Konzept für die Aktienrente vorlegen und damit die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zum Teil der Unsicherheit der Kapitalmärkte ausliefern. Deshalb startet das globalisierungskritische Netzwerk Attac Deutschland, am heutigen Donnerstag die Petition „Nein zur Aktienrente! Höhere Renten statt höhere Profite!“ (www.attac.de/rente). Die Petition appelliert an die Bundestagsabgeordneten, die Aktienrente zu stoppen. Stattdessen soll das Rentenniveau erhöht und das Rentensystem zu einem System ausgebaut werden, das Altersarmut effektiv verhindert.

Die Petition wird von einer Reihe namhafter Erstunterzeichner*innen unterstützt, unter ihnen Klaus Dörre, Rudolf Hickel und Christoph Butterwege.

„Ich habe den Aufruf unterschrieben, weil ich verhindern will, dass die gesetzlich geregelte Alterssicherung als hohes Gut des sozial gebändigten Kapitalismus dem Spekulantentum auf den Finanzmärkten zum Opfer fällt“, sagt der bekannte Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler **Rudolf Hickel**.

Die im Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition vereinbarte Aktienrente sieht vor, dass künftig ein Teil der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Aktienfonds investiert wird. Der Start der Aktienrente soll zudem mit zehn Milliarden Euro aus Steuergeld bezuschusst werden. Ob es ethische, ökologische oder risikominimierende Kriterien für die Investments geben wird, ist noch völlig unklar.

Christoph Butterwege, Sozialexperte und ebenfalls Unterzeichner der Petition, sagt: „Bei der geplanten Aktienrente als Einstieg in eine Teilkapitaldeckung der gesetzlichen Rentenversicherung handelt es sich nach der Riester-Reform um eine weitere Anschubfinanzierung des Bundes für die Börse. Gewinne von auf den Finanzmärkten tätigen Unternehmen werden öffentlich gefördert.“

Attac-Finanzexperte **Alfred Eibl** ergänzt: „Mit der Aktienrente sollen die Rentner*innen dazu gebracht werden, sich für höhere Konzernprofite und gegen Lohnerhöhungen einzusetzen. Denn davon werden ihre Rentenzahlungen künftig abhängen, sollte es der Ampel gelingen, die Rentenbeiträge künftig an der Börse zu verzocken.“

Ein hohes Rentenniveau, das vor Altersarmut schützt, kann nur über ein umlagebasiertes Alterssicherungssystem erreicht werden, betont Attac. Die Kürzungen der vergangenen Jahre sind dem Netzwerk zufolge politischen Eingriffen geschuldet, wie das gut funktionierende Rentensystem etwa in Dänemark zeigt.

Attac fordert daher, die gesetzliche Rente zu stärken und von guten tariflichen Löhnen begleiten zu lassen.

Unter dem in der Pressemitteilung angegebenen Link ist auch eine [Postkarte](#) mit weiteren Informationen zu Thema zu finden. Darin heißt es unter anderen: „Aber wer soll die Renditen erwirtschaften, die die Rente finanzieren sollen? Das können doch nur die Erwerbstätigen. Sollen die Rentner * innen ihre Kinder auffordern, auf Lohnforderungen zu verzichten, damit die Dividenden steigen, und ein bisschen auch ihre Renten?“

Weitere Informationen bietet die [Attac-Projektgruppe Soziale Frage](#)

Energie, Miete: Wer kann das bezahlen?

Wohnen wird nach wir vor immer teurer. Das betrifft die Nettokaltmieten und vor allem die Nebenkosten. In einer [Pressemitteilung vom 13. September 2022](#) hat das Statistische Bundesamt die Zahlen zur Preisentwicklung im August 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat bekannt gegeben. Danach lag die Inflationsrate bei 7,9 Prozent. Die Nettokaltmieten stiegen um 1,6 Prozent, die Preise für Haushaltsenergie um 46,4 Prozent und für Strom um 16,6 Prozent. Immer mehr Menschen müssen allein fürs Wohnen einen immer höheren Anteil ihres Einkommens ausgeben. Aktuelle Zahlen veröffentlichte das Statistische Bundesamt in einer [Pressemitteilung vom 26. August 2022](#). Danach liegt der Anteil im Durchschnitt zwischen 23,7 Prozent (zwei Erwachsene ohne Kinder) und 35,4 Prozent (Einpersonenhaushalte), bei einem Viertel der Einpersonenhaushalte beträgt er über 40 Prozent. Sie gelten somit als überbelastet, was im Jahr 2021 auf „12,8 % der Bevölkerung in Mieterhaushalten“ zutraf. Am stärksten betroffen sind wie immer Menschen mit geringem Einkommen: „Das nach Einkommen unterste Fünftel aller Mieterhaushalte gab im Jahr 2021 demnach durchschnittlich 42,6 % des verfügbaren Einkommens für Wohnkosten aus. Mehr als ein Drittel der Mieterinnen und Mieter (36,2 %) in der untersten von fünf Einkommensgruppen lebte in einem als überbelastet geltenden Haushalt.“

Daran werden auch die von der Bundesregierung angekündigten, vom Bundestag aber noch nicht beschlossenen Entlastungen nichts ändern. Attac Hamburg und viele andere Gruppen rufen deshalb zu einer **Mietenstopp-Demonstration am 8. Oktober 2022 ab 13 Uhr am Berliner Tor** auf: [Keine Profite mit Boden und Miete](#).

HÄNDE HOCH FÜR BEZAHLBARES WOHNEN

Mieten und Energiekosten deckeln

Auf die Straße, denn dein Zuhause steht auf dem Spiel

Wir können uns die steigenden Mieten und die explodierenden Energiekosten in Hamburg nicht mehr leisten! Schon jetzt erhöhen Vermieter und Energieversorger die Abschlagszahlungen. Das bringt viele Mieter:innen an den Rand ihrer Zahlungsfähigkeit. Hilfen und Entlastungen sind bislang nicht in Sicht. Stattdessen hat die Regierung eine Gasumlage beschlossen, mit der wir alle für die Rettung von Energiekonzernen bezahlen sollen.

Die großen Wohnungs- und Mineralölkonzerne haben in den letzten Monaten unglaublich hohe Gewinne eingefahren. Es ist unerträglich, dass die Bürger:innen, darunter viele mit knappem Budget, zur Kasse gebeten werden, während diese Konzerne aus der Krise große Profite ziehen. Deshalb fordern wir eine soziale Zeitenwende: Umverteilung von Oben nach Unten; die Krisengewinnler sollen die sozialen Kosten tragen! Abkehr von fossilen Brennstoffen und Atomkraft! Schneller Ausbau von erneuerbaren Energiequellen.

Klar, dass vor diesem Hintergrund die Menschen keine weiteren Mieterhöhungen verkraften können. Deshalb: HÄNDE HOCH – MIETENSTOPP!

Mach mit beim heißen Herbst, damit wir nicht im Winter frieren!

Auch wenn es klar sein sollte: Wir richten uns natürlich nur an demokratische Gruppen und Personen. Rechte Kräfte sind unerwünscht!

Frieden

Attac Hamburg hat den Aufruf zur Friedensdemonstration am 1. Oktober 2022 unterstützt.

Aufruf zum bundesweiten dezentralen Aktionstag am 1. Oktober 2022:
[Verhandeln statt Schießen.](#)

Keinen Euro für Krieg und Zerstörung!

Stattdessen Milliarden für eine soziale, gerechte und ökologische Friedenspolitik!

Stoppt den Krieg! Verhandeln statt Schießen!

Für das Erreichen dieser Ziele verlangen wir Abrüstung statt Aufrüstung und die Abkehr von jeglicher kriegerischer Eskalation!

Die bundesweiten Netzwerke [„Bundesausschuss Friedensratschlag“](#) und [„Kooperation für den Frieden“](#) rufen gemeinsam die Bevölkerung auf, sich am bundesweiten dezentralen Aktionstag zu beteiligen und entschieden den Politikwechsel hin zu Frieden und Abrüstung zu fordern.

Wir fordern

- Waffenstillstand und Verhandlungen – Waffenlieferungen eskalieren und verlängern den Krieg – nur Diplomatie, Dialog und Kooperation können den Krieg in der Ukraine und die Kriege überall auf der Welt beenden und weitere verhindern
- Gegenseitige Sicherheitsgarantien zwischen Russland und der NATO unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der Ukraine

- Keine 2% des Bruttoinlandsprodukts für den jährlichen Rüstungshaushalt sowie Umwidmung des 100 Milliarden Aufrüstungspakets in ein Investitionsprogramm für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Bildung
- Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch die Bundesregierung
- Internationale Kooperation in Europa und weltweit als Grundlage für eine Politik der gemeinsamen Sicherheit und zur notwendigen Bekämpfung der Klimakatastrophe und der Armut
- Stopp der katastrophalen Wirtschafts- und Finanzblockaden, unter denen die Menschen weltweit leiden

Eine Dokumentation der Demonstration am 1. Oktober 2022 in Hamburg wurde vom [Friedenskanal Hamburg](#) erstellt.

Handelsverträge

CETA

In Hamburg führten Mitglieder von Attac Hamburg gemeinsam mit einigen Aktiven anderer Organisationen am **21. September 2022 um 16 Uhr am Büro des Landesverbands Hamburg von Bündnis 90/Grüne, Burchardstraße 19 in 20095 Hamburg** eine Kundgebung durch: **Stop CETA. CETA-Ratifizierung stoppen: Keine Paralleljustiz für Konzerne.**

CETA ist eine Bedrohung für Umwelt- und Verbraucherschutzstandards, bäuerliche Landwirtschaft, Sozialstandards und soziale Daseinsvorsorge in Deutschland und Kanada.

Mit der vollständigen Ratifizierung von CETA tritt die Paralleljustiz mit Sonderklagerechten für Konzerne in Kraft- das ist brandgefährlich und unverantwortlich! Konzerne können damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmerrechte oder Klimaschutzgesetze verhindern, verwässern oder an horrenden Schadensersatzzahlungen koppeln, weil diese ihre erhofften Profite schmälern. Angesichts der multiplen Krisen können wir nicht zulassen, dass Konzerne die Handlungsspielräume unserer Parlamente beschneiden!

Darum lasst uns jetzt gemeinsam Druck machen! Wir werden CETA stoppen!

In und vor möglichst vielen Partei-, Abgeordnetenbüros und Veranstaltungen der Grünen und der SPD soll unsere Botschaft unübersehbar sein. CETA muss vom Bundestag und vom Bundesrat gestoppt werden.

Keine Paralleljustiz für Konzerne: CETA stoppen! Demokratie ist nicht verhandelbar.

Wir brauchen dringend eine neue und gerechte Handelspolitik, die nicht Profite, sondern Menschen und den Planeten schützt! Keine Ratifizierung von CETA!

Weitere Informationen und Materialien

- ▶ [Attac Deutschland](#)
- ▶ [Netzwerk Gerechter Welthandel](#)

Mitmachen bei Attac Hamburg

Im Oktober 2022 sind die folgenden Treffen geplant.

Stadtteilgruppe Alstertal/Walddörfer: Dienstag, 11. Oktober 2022, 19 Uhr, Bürgerhaus Koralle, Gruppenraum, Kattjahren 1, 22359 Hamburg

Monatsplenum: Mittwoch, 26. Oktober 2022, 19.15 Uhr, Attac-Büro, Werkstatt für internationale Kultur und Politik, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg

AG Gesundheit: Donnerstag, 27. Oktober 2022, 19 Uhr, Attac-Büro, Werkstatt für internationale Kultur und Politik, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg

Bildungsveranstaltung zum Thema Spekulation: Donnerstag, 20. Oktober 2022, 19 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben

Außerdem wird es einen Infostand in Ottensen geben: Freitag, 14. Oktober 2022, 15 bis 18 Uhr, Kreuzung Ottenser Hauptstraße und Bahrenfelder Straße, 22765 Hamburg

+++++

Veranstaltungshinweise

Montag, 10. Oktober 2022

9-Euro-Ticket forever oder Pendlerpauschale abschaffen? Wie geht eine klimaneutrale Wirtschaft mit echter Mobilität

Onlineveranstaltung mit Dr. Thomas Dürmeier, Goliathwatch e. V.

Einladung

Können wir uns einen günstigen Nah- und Fernverkehr für alle leisten? Das 9-Euro-Ticket war ein voller Erfolg, aber klimaschädliche Subventionen bestehen weiter: Pendlerpauschale, subventioniertes Flugbenzin, das Privileg für Dienstwagen. Wenn wir eine klimaneutrale Wirtschaft erreichen wollen, setzen viele auf Wasserstoff- und Elektro-SUVs, wobei andere weniger Individualverkehr fordern. Wir wollen uns den wirtschaftlichen Wahnsinn

unserer klimazerstörerischen Mobilität anschauen und verschiedene Staatsausgaben kritisch hinterfragen. Muss die Penlderpauschale weg und wie? Kann es ein neues 9-Euro-Ticket geben? Warum ist die Bahn so schlecht und das Auto so gut? Muss das so sein? Oder kann eine klimaneutrale Zukunft nur mit Lastenfahrrädern und der Deutschen Bahn funktionieren?

[Weiterlesen](#)

Beginn: 19 Uhr

Beitrag auf Spendenbasis: 5 bis 9 Euro

Um Anmeldung wird gebeten: anmeldung@goliathwatch.de.

Eine Veranstaltung von Goliathwatch e. V., GLS-Bank Hamburg und UmweltHaus im Rockenhof

Filmseminar gegen Austerität der Gruppe International solidarisch - Schluss mit Austerität

Mittwoch, 19. Oktober 2022

Kuhle Wampe oder: Wem gehört die Welt?

Spielfilm, Regie: S. Dudow/B. Brecht, D 1932, 74 Minuten

Zeit: 20 bis 23.30 Uhr

Ort: Universität Hamburg, Anna-Siemsen-Hörsaal Von-Melle-Park 6, 20146 Hamburg

[Informationen zum Film](#) werden in Kürze zur Verfügung stehen.

Montag, 24. Oktober 2022

Krieg und Besatzung in der Ukraine

Historische Perspektiven und ihr Ausstrahlen in die Gegenwart

Vortrag und Diskussion mit Dr. Johannes Spohr, Historiker

Einladung

Viele Facetten des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion, deren Teil die besonders betroffene Ukraine war, und der dortigen Besatzungsherrschaft sind der deutschen Öffentlichkeit bis heute kaum bekannt. Dazu zählen insbesondere die spezifischen Gewalthandlungen der späten Kriegsphase (1943/44) wie das Abbrennen von Dörfern, der Terror gegen ihre Einwohner:innen wie auch massive Verschleppungen zur Zwangsarbeit. Im Kontext der Kriegswende änderten sich zudem die

Handlungspräferenzen und Loyalitäten Bevölkerung in der besetzten Ukraine. Diese Phänomene werden in der Veranstaltung erläutert sowie diskutiert, welche Relevanz diese heute im Angesicht des Krieges der Russischen Föderation gegen die Ukraine vor Ort wie auch in Deutschland besitzen.

Obwohl die Ukraine angesichts des Krieges der Russischen Föderation auf die Mental Map vieler Deutscher gelangt, wissen nur die wenigsten von ihnen, was ihre Vorfahren dort eventuell getan haben. In der familiär tradierten Erinnerung kommt die Ukraine kaum vor – während sie in den Fotoalben und Dokumenten der millionenfach dort eingesetzten Soldaten und Besatzungspersonals allzu oft auftaucht.

[Weiterlesen](#)

Zeit: 19 bis 21 Uhr

Ort: Gängviertel, Seminarraum, 4. Stock, 20355 Hamburg

Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e. V.

Mit freundlichen Grüßen

Attac Hamburg

Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg – <https://attac.hamburg> – E-Mail: hamburg@attac.de

Hinweis: Die Mailingliste Attac Hamburg dient ausschließlich der Versendung des Newsletters und weiterer Informationen von Attac Hamburg, ist also nicht für Diskussionen gedacht. Auch Anfragen können dort nicht bearbeitet werden. Nachrichten für Attac Hamburg sind deshalb an die oben genannte E-Mail-Adresse zu schicken.